

Rosstäuscher¹

Gefahren für die Demokratie

Mit Hilfe der Organspende, bei der jemand seine Organe nach dem Tod Anderen zur Verfügung stellt, kann das Leben des Empfängers verlängert werden. Dazu werden die Organe, nach dem der Tod festgestellt wurde, aus dem Spender an den Empfänger übertragen. Seit es einen Skandal bei der Zuteilung von Spenderorganen gab, ist die Bereitschaft zur Organspende eingebrochen. Das wollen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und der SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach von der regierenden Koalition ändern und haben dazu einen Gesetzentwurf zur Widerspruchslösung vorgestellt, den die [ZEIT](#) so beschreibt:

„Die sogenannte Widerspruchslösung sieht vor, dass alle deutschen Staatsbürger ab 16 Jahren über den Zeitraum von einem Jahr ausführlich informiert und schließlich als Spender registriert werden – außer sie widersprechen. Die Entscheidung soll jederzeit revidiert werden können. Liegt kein Widerspruch vor, sollen Angehörige nach dem Tod eines möglichen Spenders zudem gefragt werden, ob der Tote einer Organentnahme zu gestimmt hat.“

Grund für den Gesetzentwurf sei, dass jedes Jahr 2000 Kranke sterben müssten, weil kein Ersatzorgan für sie verfügbar sei. Man will also mit Hilfe eines Tricks, der alle Menschen, die nicht widersprechen automatisch zu Spendern macht, die Zahl der verfügbaren Organe erhöhen. Es ist verräterisch, wenn man sich dann dagegen verwahrt, dass das eine „Organ-Abgabepflicht“ sei, oder man „zur Organspende gezwungen“ werde, denn wenn das Ganze kein Trick wäre, bräuchte man das ja wohl nicht zu betonen.

Das Wort „Spende“ beinhaltet Freiwilligkeit, wie Wikipedia schreibt: *„Eine Spende ist eine freiwillige Zuwendung für einen religiösen, wissenschaftlichen, gemeinnützigen, kulturellen, wirtschaftlichen oder politischen Zweck.“* Diese Freiwilligkeit ist ein Kennzeichen einer Demokratie, in der niemand zu etwas gezwungen werden darf, es sei denn dafür liegen sehr wichtige Gründe vor, etwa die Räumung eines Hauses oder einer Gegend, wenn dort eine Bombe entschärft werden muss. Dabei dient der Zwang – die Einschränkung der Freiwilligkeit – dem Schutz des Bürgers. Ähnlich ist es bei manchen Impfungen, die dem Einzelnen und der Gemeinschaft dienen.

Wenn jetzt der Gesetzgeber bestimmt, dass die Freiwilligkeit umgekehrt wird in einen Zwang sich ausdrücklich gegen eine Organspende auszusprechen, wenn man diese vermeiden will, dann nimmt er dem Bürger die freie Entscheidung. Aber nicht etwa, weil das zum eigenen Wohl oder zum Wohle aller wäre, sondern zum Wohle einiger weniger Menschen. Es stellt sich die Frage, ob das verhältnismässig ist und damit auch gerechtfertigt.

¹Wikipedia: Schon im Mittelalter um 1400 war die Rosstäuscherei vor allem ein betrügerisches Verhalten eines Händlers, der Kunden mit verschiedenen Tricks über Gesundheitszustand, Alter und Wert des Pferdes täuscht.

Durch das geplante Gesetz geschieht aber noch viel mehr Schaden, denn die Beteiligten betreiben Rosstäuscherei, wenn sie den Sinn des Wortes „Spende“ verdrehen, indem sie ihm die Freiwilligkeit rauben. Wenn Politiker Begriffe verdrehen ist höchste Gefahr, weil es das Vertrauen in die Sprache und in die Handelnden untergräbt. **Vertrauen ist die Grundlage der Demokratie**, so wie es unabdingbar ist für ein friedliches und vernünftiges Zusammenleben, egal ob in einer Freundschaft, Familie, Firma, Gemeinde oder einem Staat.

Wenn Politiker – und sie mögen ihre Gründe für noch so gut halten – versuchen dem Bürger etwas als „Spende“ zu verkaufen, obwohl sie ihn in Wirklichkeit dazu zwingen wollen sich mit der Frage der Organabgabe auseinander zu setzen, dann ist das unredlich. Das aber schadet der Demokratie. Zudem widerspricht es der demokratischen Spielregel nur dann Zwang anzuwenden, wenn das unabdingbar ist.

Lauterbach behauptet neue ethische Standards zu setzen: *"Es ist weiter völlig okay, nicht zu spenden", sagte er. Wer nicht spenden wolle, müsse das aber künftig erklären. Das sei der neue ethische Standard. "Mit einer kleinen Pflicht schaffe ich großen Nutzen für die Gesellschaft."* Und wo ist da die demokratische Legitimierung? Welche Begründung steckt dahinter? Wurde darüber diskutiert und abgestimmt? Von wem und wann? Mit welcher ethischen Begründung werden hier Millionen Bürger ab 16 Jahren unter moralischen Druck gesetzt?

Wie groß ist denn der „große Nutzen für die Gesellschaft“? 2000 Menschen können vielleicht länger leben, die sonst bald sterben. Ob sie Tage, Wochen Monate oder Jahre länger leben werden, kann niemand vorher sagen. Auch nicht, ob die zusätzliche Lebenszeit für sie ein Glück sein wird, oder nur ein verlängertes Siechtum, oder irgend etwas dazwischen. Selbstverständlich sei jedem diese Lebenszeit gegönnt, aber wie groß der Nutzen für die Gesellschaft ist, ist unklar.

Mediziner lernen vielleicht auf Grund der zusätzlichen Transplantationen noch besser operieren und heilen, was auch Anderen zugute kommen könnte. Aber ob die Steigerung von 7400 auf 9400 Transplantationen im Jahr wirklich so viel bringt? Selbst wenn man annimmt, das viele Empfänger sehr jung wären und daher noch in ihrem Leben sehr viel bewegen könnten, wäre das zwar erfreulich, aber nicht gewiss. Also: Ohne nähere Belege dürfte der Nutzen sich im Rahmen halten, ja vielleicht durch andere Maßnahmen (z.B. Luftreinhaltung, Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit) mehr Nutzen für die Gesellschaft erzeugen könnte.

Genau so fragwürdig ist der Begriff „kleine Pflicht“, die schon für 16-jährige gelten soll. Es ist keine Kleinigkeit sich mit dem eigenen Tod auseinander zu setzen. Schon gar nicht für junge Menschen, denen man bewusst noch bestimmte Rechte vorenthält. Das fällt ja vielen Erwachsenen nicht leicht und selbst alte Menschen haben oft Schwierigkeiten an den eigenen Tod zu denken und ihr Erbe zu regeln. Aber alle sollen dazu in Zukunft gezwungen werden. Da von einer „kleine Pflicht“ zu reden, als ginge es darum die Kehrwoche zu machen, oder die Haustür zu schließen, ist schon reichlich dreist.

Bei allen drei Begriffen („ethischer Standard“, „großer Nutzen“ und „kleine Pflicht“) hat der Bürger auf Grund des falschen Gebrauches des Wortes „Spende“ ebenfalls den Verdacht der Rosstäuscherei. Man fühlt sich an das Eintreten einer Kleinpartei für die Hoteliers erinnert und fragt sich, wer von dieser Regelung wirklich profitieren soll, die 2000 Menschen, deren Organe zu versagen drohen, oder die Medizin, oder wer sonst.

Selbst wenn die Politiker fest davon überzeugt wären, dass ihr Ziel richtig sei mehr Menschen zu einer Organspende anzuregen, dürfen sie dafür dennoch keine Mittel anwenden, die dem Vertrauen der Menschen und der Demokratie schaden. Dass die Werbeaktionen zugunsten der Organspende nach dem Skandal so wenig wirkten, sollte allen Politikern eine Mahnung sein, wie lange es dauert und wie schwer es ist, bis man verlorenes Vertrauen wieder gewinnt.

Wenn aber der Bürger das Vertrauen in die Politik verloren hat, warum soll er dann glauben, dass man seinen Widerspruch gegebenenfalls auch ernst nimmt? Wer dem Staat und seinen Organen misstraut, der wird auch befürchten, dass man ihm nach dem Tod die Organe entnimmt, egal, wie er sich entscheiden hat. Das muss gar nicht stimmen, aber allein die Sorge, dass man dem Staat nicht mehr trauen dürfe, müsste auf jeden Fall vermieden werden, indem man Sprache nicht verbiegt und nicht mit Redewendungen den Anschein erweckt, Rosstäuscher zu sein.